

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 2ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen; im Sgr. Sachsen  
u. Erzgh. Sachl.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Fiktial-Expeditionen  
in die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Hah,  
W. Corner Third and  
Market str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Zusätze, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiktial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Ngr., — Privat- und Bergungungs-Anzeigen mit 2 1/2 Ngr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 137. Mittwoch, 25. November. 1874.

## Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess zu Köln.

(Fortsetzung.)

Daß überhaupt Dokumente nach Köln geschickt worden, das sagte der Polizei nicht nur ihr böses Gewissen. Am 29. Oktober brachte Goldheim in London an. Am 30. Oktober fand Goldheim im Morning Advertiser, im Spectator, im Examiner, im Standard, im Peoples Paper eine Erklärung, gez. Engels, Freiwald, Marx und Wolf, worin diese das englische Publikum auf die Enthüllungen verweisen, welche die Verteidigung über die perjury, perjury, falsification of documents, kurz über die preussische Polizei-Insanen bringen werde. So „ganz geheim“ habe das Verleihen der Dokumente gehalten, daß die „Partei“ das englische Publikum öffentlich davon in Kenntniß setzte, allerdings erst am 30. Oktober, nachdem Goldheim in London die Dokumente in Köln angelangt sind.

Indes auch am 27. Oktober wurden Dokumente nach Köln geschickt. Woher erfährt die allwissende preussische Polizei dies? Die preussische Polizei agierte nicht ganz geheim, wie die „Partei“ seit Wochen vor das Haus von Marx aufgespielt, die ihn soir jusqu'au matin und du matin jusqu'au soir von der Straße aus beobachteten und ihm auf Schritt und Tritt nachgingen. Nun hatte Marx am 27. Oktober die ganz geheimen Dokumente, die die rätten Handschriften des Liebknecht und Rings die Aufzählung des Wirthes der Crown-Tavern über den Zusammenkunftstag enthielten, diese ganz geheimen Dokumente hatte er in dem ganz öffentlichen Polizeiberichte in Marlborough-Street in Gegenwart der Reporter der englischen Tagespresse amtlich glaubigen lassen. Die preussischen Scharfengel folgten ihm von seiner Wohnung nach Marlborough-Street und von Marlborough-Street nach seiner Wohnung zurück und von seiner Wohnung wieder nach der Post. Sie verschwanden erst, als Marx einen geheimen Gang zum Polizei-Inspektor des Viertels machte, um einen Verhaftbefehl gegen seine zwei „Anhänger“ zu erlangen.

Uebrigens hatte die preussische Regierung noch einen andern Plan. Marx sandte nämlich die am 27. Oktober beglaubigten Dokumente vom 27. Oktober datirten Dokumente direkt durch die Post nach Köln, um das ganz geheim abgeschickte Duplikat derselben vor den Griffen des preussischen Adlers zu sichern. Post und Polizei zu Köln mußten also, daß vom 27. Oktober datirte Dokumente von Marx verschickt waren und Goldheim brauchte nicht nach London zu reisen, um das Geheimniß zu entdecken. Goldheim fühlt, daß er endlich „namentlich“ irgend etwas „namentlich“ angeben müsse, was in der „ganz geheimen Sitzung“ am 27. Oktober an Schneider II. zu schiden beschlossen wurde, und er nennt den von Stieber an Marx gerichteten Brief. Leider hat Marx diesen Brief nicht am 27., sondern am 25. Oktober nicht an Advokat Schneider II., sondern an Herrn v. Hontschmann geschickt. Aber woher wußte die Polizei, daß Marx überhaupt den Brief Stiebers noch besaß und der Verteidigung zuwenden werde? Doch lassen wir Stieber wieder vorspringen.

Stieber hofft Schneider II. von der Vorlesung des ihm sehr unangenehmen Briefes abzuhalten, indem er das praeventivem Briefe. Wenn Goldheim sagt, Schneider II. besitze meinen Brief und zwar durch „kriminelle Verbindung mit Marx“, kalkulirt Stieber, so wird Schneider II. den Brief unterdrücken, um zu beweisen, daß Goldheim's Agenten falsch unterrichtet sind und er nicht in krimineller Verbindung mit Marx steht. Stieber bringt also vor, giebt den Inhalt des Briefes falsch an und läßt mit dem erstaunlichen Ausruf: „Kein Mensch außer ihm“ und Marx könne dies wissen und sei dies allerdings der beste Beweis der Glaubwürdigkeit der aus London gekommenen Enthüllungen.“

Stieber besitzt eine eigenthümliche Methode, ihm unangenehme Geheimnisse verborgen zu halten. Wenn er nicht spricht, muß er seine Hände waschen. Außer ihm und einer gewissen ältlichen Dame kann daher „kein Mensch wissen, daß er einst in der Nähe von Weimar als homme entretenu gelebt hat.“ Aber wenn Stieber allen Grund hatte, Niemand außer Marx, hatte Marx allen Grund, Jedermann außer Stieber von dem Briefe wissen zu lassen. Man kennt jetzt den besten Beweis der aus London gekommenen Mittheilungen. Wie mag Stieber's schlechtester Beweis aussehen?

Aber Stieber schwört wieder wissentlich einen Meineid, wenn er sagt: „kein Mensch außer mir und Marx können dies wissen.“ Er wußte, daß nicht Marx, sondern ein anderer Redakteur der Rheinischen Zeitung auf seinen Brief geantwortet hatte. Das war jedenfalls „ein Mensch außer ihm und Marx.“ Damit noch Menschen davon wissen, lassen wir hier den Brief folgen:

In Nr. 177 der „Neuen Rheinischen Zeitung“ findet sich eine Correspondenznachricht aus Frankfurt a. M. vom 21. Dezember, welche die niederträchtige Lüge enthält, daß ich als Polizeispion nach Frankfurt gegangen sei, um unter dem Schein demokratischer Gesinnung die Mörder des Fürsten Ljakhowski und des Generals Kuetzowald zu ermitteln. Ich bin allerdings am 21. in Frankfurt gewesen, habe mich dort nur einen Tag aufgehalten und habe dort, wie Sie aus beiliegender Bescheinigung ersieht werden, nur eine Privatangelegenheit der hiesigen Frau v. Schwelzer zu reguliren gehabt, ich bin längst nach Berlin zurückgekehrt, wo ich meine Thätigkeit als Defensor längst wieder begonnen habe. Ich verweise Sie übrigens auf die bereits in dieser Angelegenheit ergangene offizielle Berichtigung in Nr. 338 der „Frankfurter Oberpost-

amtzeitung“ vom 21. Dezember und Nr. 248 der hiesigen „Nationalzeitung“. Ich glaube von Ihrer Wahrheitsliebe erwarten zu dürfen, daß Sie sofort die anliegende Berichtigung in Ihr Blatt aufnehmen und mir den Einsender der lägenhaften Nachricht, der Ihnen gesetzlich obliegenden Verpflichtung gemäß, nennen werden, da ich eine solche Verleumdung unmöglich ungerührt lassen kann und ich sonst zu meinem Bedauern genöthigt sein werde, gegen eine Wohlthätige Redaktion selbst Schritte zu unternehmen.

Ich glaube, daß die Demokratie in neuester Zeit Niemanden mehr Dank schuldig ist, als gerade mir. Ich bin es gewesen, der hunderte angeklagter Demokraten aus den Rezen der Criminal-Justiz gerissen hat. Ich bin es gewesen, der noch im hiesigen Belagerungszustand, als die seigen, erbärmlichen Kerle (sogenannte Demokraten) längst das Feld geräumt hatten, unerschrocken und emsig den Behörden entgegengetreten ist und es noch heute thut. Wenn demokratische Organe in solcher Weise mit mir umgehen, so ist das wenig Anmunterung zu ferneren Bestrebungen.

Das Beste bei der Sache ist aber im vorliegenden Fall die Plumpheit der demokratischen Organe. Das Gerücht, ich ginge als Polizeiagent nach Frankfurt, ist zuerst von der hiesigen „Neuen preussischen Zeitung“, diesem berüchtigten Organ der Reaction, ausgespielt worden, um meine ihr störende Thätigkeit als Defensor zu untergraben. Die andern Berliner Blätter haben dies längst berichtet. Die demokratischen Organe sind aber so ungeschickt eine solche dumme Lüge nachzubeten. Wollte ich als Spion nach Frankfurt gehen, so würde es gewiß nicht vorher in allen Blättern stehen, wie sollte auch wohl Preußen einen Polizeibeamten nach Frankfurt schicken, wo amtskundige Beamte genug sind? Die Dummheit war stets ein Fehler der Demokratie und ihre Gegner siegen durch Schlanheit.

Eben so ist es eine niederträchtige Lüge, daß ich vor Jahren in Schlessen als Polizeispion gewesen sei. Ich war damals öffentlich angestellter Polizeibeamter und habe als solcher meine Schuldigkeit gethan. Es sind niederträchtige Lügen über mich verbreitet worden. Ein Mensch soll auftreten und beweisen, daß ich mich bei ihm eingeschlichen hätte. Lügen und behaupten kann Jeder. Ich erwarte also von Ihnen, den ich für einen ehrlichen anständigen Mann halte, umgehend befriedigende Antwort. Die demokratischen Zeitungen sind bei uns durch ihre vielen Lügen verrufen worden, mögen Sie nicht gleiches Ziel verfolgen.

Berlin, 26. Dezember 1874.  
Ergebenst  
Stieber, Doctor der Rechte u. f. w., Berlin,  
Rittersstraße 65.

Fremdwörter-Erklärung: forgery, perjury, falsification of documents, Fälschung, Meineid, Urkundenverfälschung; du soir jusqu'au matin und du matin jusqu'au soir, vom Abend bis zum Morgen und vom Morgen bis zum Abend; Duplikat, doppelte Ausfertigung; zweites Exemplar eines Schriftstücks; das praeventivem spielen, zuvorkommen; homme entretenu, ein Mann; der von einer Frau „unterhalten“ wird, Schatzkassenpensionat, ein höherer „Leute“.

## Kleinmeister und Arbeiter.

Die Gewerkschaften haben ihre erbittertsten Feinde an einem großen Theil der Kleinmeister. Diese wissen nicht genug der Klagen: „Die Gesellen können Nichts, und doch wollen sie immer weniger arbeiten und mehr Geld einstecken, und wir Meister gehen dabei zu Grunde.“ — Anstatt nach den Ursachen dieser Erscheinungen zu forschen, reden sie sich in blinden Haß gegen die Bestrebungen der Arbeiter hinein, bis sie selbst, trotz, ja vielleicht wegen ihrer Jeremiaden Proletarier geworden, einsehen lernen, daß ihre ewigen Verwünschungen und Verfluchungen der Sozialdemokratie unbedeutend waren.

Es ist richtig, daß es früher, als der Maschinenbetrieb und die Großproduktion noch nicht solche Ausbreitung erlangt hatte wie heute, verhältnismäßig unendlich mehr „Gesellen gab, welche vielseltiger in der Arbeit und bei dieser Vielseltigkeit tüchtiger waren, als dies jetzt der Fall ist. Daran sind jedoch nicht die Arbeiter Schuld, sondern das moderne Produktionssystem.

Die Maschine, anstatt nach ihrer eigentlichen Bestimmung die menschliche Arbeit zu erleichtern, macht die Menschen zur Maschine. Die durch die Maschinen und die Großindustrie notwendig gewordene Arbeitstheilung erspart zwar dem Arbeiter vielfach die Lehrzeit, wie solche vordem üblich und geboten war, allein sie macht ihn einseitig, nicht bloß geistig, sondern auch körperlich. Mit der Ausdehnung der Großindustrie, mit der Erweiterung der Herrschaft des Großkapitals nimmt der Mittelstand, das Kleinbürgerthum zusehends ab: das Kleingewerbe kann dem Großkapital keine Konkurrenz bieten, mit der schwindenden Zahl der Kleinmeister schwindet auch die Zahl der Arbeiter, welche im Stande wären, nach Zerstreuung eine Prüfung ihrer Leistungen zu bestehen.

Also: nicht die Arbeiter sind Schuld, daß das Kleingewerbe zu Grunde geht, sondern die moderne Produktionsweise. Dafür aber den einzelnen Großindustriellen verantwortlich zu machen, wäre ungerecht und widersinnig. Dieser verfolgt eben sein Interesse, wozu er nach der bisherigen geschichtlichen Entwicklung, die eine Nothwendigkeit war, und nach den herrschenden mit ihr im engsten Zusammenhange stehenden Rechtsbegriffen bislang vollständig berechtigt war. Man setze z. B. an die Stelle eines Großindustriellen eine Association von zwanzig Arbeitern. Diese

zwanzig an dem Etablissement gleichen Theil habenden Fabrikbesitzer werden sofort, wenn sie die Konkurrenz bestehen und das Geschäft flott erhalten wollen, mit mehr oder minder geringeren Abweichungen in die Fußstapfen ihres Vorgängers treten müssen, sie mögen noch so sehr von den humansten Anschauungen besetzt sein. Die von Arbeitern bisher gegründeten Produktivassoziationen beweisen das zur Genüge. Wenn sie existiren wollen, müssen sie größtentheils zu denselben Mitteln greifen, mit denen Andere in der Regel Geschäfte in Schwung bringen und betreiben. Der Egoismus ist die Triebfeder unseres modernen Produktionssystems. Darum muß dieses beseitigt werden, wenn der Egoismus, die Selbstsucht fallen soll. (Union.)

## Schicksale einer Zeitung-Cautio.

Erzählt von der „Süddeutschen Volksstimme“.

Als die Mainzer Sozialdemokraten vor Jahresfrist die „Süddeutsche Volksstimme“ ins Leben riefen, mußte für das Blatt eine Cautio von 800 fl. erlegt werden. Mit großen Anstrengungen brachten die sozialdemokratischen Arbeiter diese Summe zusammen und überwachten sie gegen Quittung der Großherzoglichen Obergewalt zu Mainz, von welcher sie bei der Staatsschuldentilgungskasse in Darmstadt deponirt wurde.

Am 1. Juli dieses Jahres trat nun das Reichspressegesetz in Kraft, welches die Zeitungscautio aufhob. Schon am 2. Juli wurden von den Verlegern unseres Blattes Schritte gethan, um die Cautio zurückzuerhalten, und zwar geschah dies auf der Obergewalt zu Mainz. Die Obergewalt wies das Gesuch der Verleger unterm 30. Juli an den Herrn Staatsprokurator Schön mit dem Bemerkten, daß die Cautio für verschiedene Geldstrafen und Gerichtskosten, die gegen die „Süddeutsche Volksstimme“ erkannt, haftbar sei, und zwar berechnete der Herr Obergewalt für unseren früheren verantwortlichen Redakteur Valentin Post 398 fl. 38 kr. an Strafen und Kosten, wozu noch eine Extrarechnung für Post im Betrage von 13 fl. 9 kr. und „weitere Kosten und Zinsen bis zu 50 fl.“ kamen. Für Kaiser wurden ebenfalls 87 fl. 30 kr. Strafe und 19 fl. 7 kr. Gerichtskosten der Cautio angerechnet.

Der Herr Staatsprokurator beilligte sich, das Gesuch der Verleger am 31. Juli dem Großk. Kreisamt zu übermitteln, mit der, im Hinblick auf die gewissenhafte Rechnung der Obergewalt, für uns völlig unverständlichen Bemerkung, „daß die Cautionssumme, um die es sich handelt, nach Artikel 61 des früheren Pressegesetzes, für alle jenseits (!) genannten Beträge haftet.“ Denn daß der Herr Staatsprokurator geglaubt habe, das hessische Pressegesetz sei dem Kreisamt ein böhmisches Dorf, kann man doch wohl nicht annehmen.

Das Kreisamt überwies am 4. August das Gesuch der Verleger dem Polizeikommissariat mit dem Bescheid, die Verleger könnten die Cautio zurück erhalten, „wenn die Zahlung der hienach geschuldeten Beträge nachgewiesen sein werde.“ Dieser Bescheid wurde den Verlegern am 16. August mitgetheilt.

Die Verleger überzeugten sich, daß sie nicht im Stande seien, den Abzug der von der Obergewalt angegebenen Summen an der Cautio zu verhindern. Ueber den Erfindungen in dieser Sache verstrich ein Monat oder mehr. Nun wendete man sich an die Direction der Staatsschuldentilgungskasse in Darmstadt, nachdem man sich mit dem Abzug der Strafen einverstanden erklärt. Plötzlich wurde da von den Behörden ein sog. Cautionschein verlangt, der nach Einzahlung der Cautio an die Expedition des Blattes statt an die Verleger abgeliefert worden war, die Quittung allein genügt nicht. Der Cautionschein aber war verloren gegangen, und die Obergewalt erklärte, ohne diesen Schein gäbe sie überhaupt gar nichts heraus. Nun führen der Redakteur des Blattes und einer der Verleger nach Darmstadt, um sich dort zu erkundigen, wie das Hinderniß zu beseitigen sei. Man gelangte zu der Einsicht, daß es das Beste sei, sich an das Finanzministerium zu wenden. Die Verleger erklärten in einer Eingabe, daß sie mit dem Abzug der noch schwebenden Kosten und Strafen einverstanden seien und einer derselben leistete Bürgschaft für den Fall, daß Jemand mit dem verschwundenen Cautionschein Forderungen an die Obergewalt erheben sollte. Jetzt erst kam die Cautio frei; aber wie?

Sie konnte am 2. November — also gerade vier Monate nach Einführung des Reichspressegesetzes — endlich abgeholt werden. Von den 800 fl. bekamen die Verleger unverzinst zurück sage zweihundertdreißig Gulden sechsundfünfzig Kreuzer.

Es wurden abgezogen:

Für Post . . . . .	178 fl. 8 kr.
„ „ „ „ „	44 fl. 9 kr.
„ „ „ „ „	176 fl. 23 kr.
„ „ „ „ „	63 fl. 9 kr.
„ Kaiser . . . . .	107 fl. 17 kr.
Summa 569 fl. 4 kr.	

Bleibt Rest von 800 fl.: 230 fl. 56 kr.  
Bezüglich des früheren verantwortlichen Redakteurs Peyer decker bemerkte die Obergewalt in ihrem Erlaß vom 31. Juli, „sich einen (!) keine Strafen und keine Kosten überwiesen zu sein.“  
So ist endlich nach einer Hin- und Herschreiberei, die lebhaft an die Zeiten des weiland kaiserlichen Kammergerichts zu Wehlau erinnert, der traurige Rest der Cautio in die Hände der Verleger zurückgelangt.  
Die lange Verzögerung der Rückzahlung hat zur Folge ge-

habt, daß bei den Mainzer Philistern die abenteuerlichsten Gerüchte umliefen, die von politischen Wackweibern und Bierbänkhelden eifrigst colportirt und ausgebeutet wurden. Das hat nun wohl ein Ende.

Wir übergeben den Sachverhalt der Deffentlichkeit mit der Ueberzeugung, daß unsere Preßzustände unendlich besser und schlagender illustriert werden können, als durch die angeführten Thatfachen. Darum halten wir auch weitere Bemerkungen für überflüssig.

Wir wissen nicht, ob die Cautionen der Bourgeoispreffe eben so schwierig den Auszug aus der Staatsschuldentilgungskasse in Darmstadt gefunden haben, als die von den Mainzer Arbeitern mühsam aufgebrauchte Caution unseres Blattes.

So viel aber steht fest: Wer bis jetzt etwa nicht gewußt hat, was die Einführung der Zeitungscantionen eigentlich zu bedeuten hatte, der wird nach Anhörung der Schicksale der Caution eines sozialdemokratischen Blattes mit dem Dichter Eichendorff sagen:

„Und durch mein ganzes Wesen  
Wird's unaussprechlich klar!“

## Politische Uebersicht.

— Intelligenzkaulich. Zur Illustration des in Preußen herrschenden Lehrermangels wird dem „Berliner Tageblatt“ der folgende Fall aus der Nähe von Biesenthal (Reg.-Bezirk Potsdam) mitgetheilt: „Aus dem Dorfe L. war kürzlich der Lehrer verstorben worden, und die Regierung erklärte der Gemeinde, daß sie augenblicklich nicht in der Lage sei, einen anderen Lehrer schicken zu können, man möge sich umsehen, ob in der Nähe nicht ein Lehrer zu haben sei. Die Gemeinde replizierte, daß sie keinen Lehrer finden könne und die Hoffnung auf einen solchen aufgeben müsse, falls die königliche Regierung nicht Rath wisse. Hierauf fragte diese wieder an, ob denn im Orte nicht eine Persönlichkeit sich befinde, der man wenigstens einstweilen die Schule anvertrauen könne. Da entschloß sich endlich ein ehrbarer Schneider, Küster- und Schulamt zu übernehmen, und frohen Muthes wurde der Behörde von dieser glücklichen Acquisition Anzeige gemacht. Die Regierung hatte gegen die Wahl nichts einzuwenden, glaubte aber doch, die Fähigkeit und Kenntnisse des Schneiders einer Prüfung unterwerfen zu müssen, und ließ denselben auffordern, sich zu diesem Behufe nach Potsdam bemühen zu wollen. Dies Ansinnen lehnte natürlich unser Schneider aus leicht erklärlichen Gründen ab, und die Regierung ließ dann in ihrer Forderung so weit nach, daß sie eine Prüfung vor dem Suprintendenten der Diözese für genügend erachtete. Auch dieser wollte sich der neue Schulaufsichtskandidat nicht unterziehen; kurz und gut, er erklärte, wenn man ihn nicht ohne Prüfung anstellen wollte, müsse er auf den Dienst ein- für allemal verzichten. Was half's? Die Behörde mußte nachgeben und unser Schneiderlein ist wohlbestallter Lehrer und Vorkämpfer. Bedenkt man, daß wir jetzt 1874 schreiben, und daß Preußen vor Jahren das Land der Schulen genannt wurde, so muß man zugestehen, daß wir in Bezug auf Volksschulen und in einem bedauerlichen Rückschritte befinden, und diesem Rückschritte wird erst durch ein die Lehrer befriedigendes Schulgesetz gesteuert werden können.“ — Welches Schulgesetz vorerst nicht zu erwarten ist, wenn anders die Lehrer nicht über die Mägen genugsam, was ihnen freilich wohl zuzutrauen. Was übrigens den vorliegenden Fall angeht, so will uns bedünken, ein ungeprüfter ehrbarer Schneider sei mindestens kein schlechterer Lehrer als ein ordnungsmäßig geprüfter „Schulmeister von Sabowa“.

— Der Staat als Konkurrent der Arbeiter. Die Zuchtthausarbeit und ihre der freien Arbeit verderbliche Konkurrenz ist schon vielfach Gegenstand eingehender Verhandlungen gewesen; und nicht bloß die sozialdemokratische Arbeiterpartei, sondern auch andere der Sozialdemokratie feindliche Parteien haben die Zuchtthausarbeit zu beschränken verlangt, soweit sie die Entwicklung der freien Arbeit behindert. Freilich ohne Erfolg. Jetzt lesen wir in verschiedenen Zeitungen die folgende Anzeige:

„Vergebung von Arbeitskräften der Gefangenen in der königlichen Strafanstalt zu Brieg.“

Es sollen vom 1. Januar 1875 ab ungefähr 50 Gefangene anderweitig zur Beschäftigung verdingen werden. Hieraus reflectirende Arbeitgeber wollen die allgemeinen Bedingungen, welche den abzuschließenden Contracten zu Grunde gelegt werden sollen, von hier erfordern und hiernächst ihre Offerten, bei deren Abgabe die Kenntniß vorerwähnter Bedingungen vorausgesetzt wird, bis spätestens zum 30. November d. J. schriftlich hierher gelangen lassen.

Brieg (Schlesien), den 6. November 1874.

Der Director der königlichen Straf-Anstalt. v. Könsch.“

Bisher hat man noch nicht vernommen, daß es in Zuchtthäusern an Arbeit fehle. Im Gegentheil wurde und wird von den Arbeitgebern die beispiellos wohlfeile Zuchtthausarbeit mit Vorliebe gesucht. Es gewährt daher einen traurigen Einblick in die Lage der freien Arbeiter Schlesiens, wenn selbst die Zuchtthausarbeit öffentlich auf dem Arbeitsmarkt feilgeboten wird. Das Bemerkenswerthe an der Sache ist, daß der Staat ohne alle Rücksicht auf die Lage der freien Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt als deren Konkurrent auftritt. Der Staat, dessen hervorragendste Aufgabe es ist, Arbeitgeber zu sein — sucht Arbeit! Ist das nicht charakteristisch? Freilich, der heutige Staat hat andere „Cultur“-Aufgaben zu erfüllen, als sich um das arbeit- und brotlose Volk zu kümmern. Das Volk für den Kriegsdienst erziehen, Kasernen bauen, Flotten gründen u. s. w., das sind so die Lieblingssthemen, an denen die heutigen Staatslenker ihre Weisheit erproben. Wie lange noch, das ist freilich eine Frage für sich.

— Ueber die englischen Arbeiter ließ sich vor Kurzem in einer Festsrede (beim Lordmayors-Schmaus) der Chef des konservativen englischen Ministeriums, Disraeli, wie folgt aus:

„Die Arbeiter sind ruhig, weil sie zufrieden sind. Eine der Konsequenzen dieses Wechsels in den allgemeinen Gefühlen des englischen Volkes ist, daß die Königin ein konservatives Ministerium berufen hat. Mit einiger Unruhe habe ich von einer Autorität, welche die höchste unter den Liberalen sein soll, gehört, daß eine konservative Regierung nicht lange bestehen kann, weil sie von konservativen Arbeitern gewählt worden ist und ein konservativer Arbeiter eine Anomalie ist. Man hat uns gesagt, daß ein Arbeiter nicht konservativ sein kann, weil er nichts zu konserviren hat — er hat weder Land noch Kapital — als wenn es nicht noch andere Dinge, denn Land und Kapital gäbe, welche Werth besitzen. Man erlaube mir, beiläufig zu bemerken, daß es noch Werthvolleres giebt als Land und Kapital, und daß ohne dieses Land und Kapital nur geringen Werth hätten. Was z. B. ist Land ohne Freiheit? was Kapital ohne Gerechtigkeit? Die arbei-

tenden Klassen dieses Landes haben persönliche Rechte geerbt, welche der Adel anderer Völker noch nicht einmal besitzt. Ihre Personen und Wohnungen sind unverlegbar, sie brauchen keine willkürlichen Verhaftungen, keine Hausdurchsuchungen zu fürchten. Sie wissen, wie der Lordkanzler richtig bemerkte, daß die Anwendung des Gesetzes in diesem Lande sehr einfach ist und nichts mit dem Respekt vor Personen und Gesellschaftsklassen zu thun hat. Sie wissen, daß das Gewerbe unbeschränkt ist, daß sie nach dem Gesetze dieses Landes sich vereinigen können, um das Interesse der Arbeit zu schützen und, wie der Oberbefehlshaber richtig bemerkte, sie wissen, daß Niemand, obgleich es Jedem freisteht, zu Lande und zur See der Königin zu dienen, von seinem Gewerbe oder seinem häuslichen Herde geschleppt werden kann, um in einen Militärdienst zu treten, der ihm widerwärtig ist. Wahrlich, sind das nicht Privilegien, welche wohl werth sind, konseruiert zu werden?“

Natürlich treibt Herr Disraeli hier mit den englischen Verhältnissen Schönfärberei. Die „politische Heuchelei“ gehört ja zum Handwerk der Herren Staatsmänner. Die Arbeiter sind in England weder „ruhig“ noch „zufrieden“. Doch gehen wir darüber hinweg. Was uns an der Erklärung Disraeli's besonders interessiert, ist der durch die Arminiaffaire veranlaßte Passus über die willkürlichen Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, den Herr Lessendorff sich hinter die Ohren schreiben möge!

— Wir theilten neulich mit, daß Parteigenosse W. Brade jr. Seitens der Braunschweigischen Polizei-Direktion aufgefordert worden sei, seine „Ansicht“ in Betreff der Beschäftigung der Frauen und Kinder in Fabriken zu äußern. Dasselbe ist jetzt Seitens der Hamburger Behörde mit unserm Parteigenossen Nord geschehen, der leider krankheitshalber gezwungen war, seine Mitwirkung in dieser wichtigen Sache abzulehnen. Nord ist so krank, daß er nicht über's Zimmer gehen kann. — Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die „Braunschweiger Morgenzeitung“ des bekannten Dr. Jahn das Vorgehen der dortigen Polizeibehörde als einen „unqualifizirbaren Schritt“ bezeichnet, der ihr „spanisch vorkommt“; ja es wird der betreffenden Behörde „gänzlicher Mangel an politischem Takt vorgeworfen“. — Nun, mag die Braunschweiger Polizei Brade immerhin als einen „Reichsfeind“ ansehen, so weiß sie doch bestimmt, daß sie es mit einem Ehrenmanne zu thun hat, dem es Ernst ist um das Wohl der arbeitenden Klassen. Daß sie anstatt seiner nicht den Dr. Jahn zur Mitwirkung aufforderte, wird seinen Grund darin haben, daß sie (wozu wäre sie sonst Polizei?) das Vorleben des Genannten genau kennt, welches zur Uebernahme eines Ehrenpostens allerdings nicht „qualificirt“ ist und — was schlimmer — „Mangel an moralischem Takt“ bekunden würde.

— Gesetzwidrige Kinderarbeit. Aus Apolda schreibt uns ein Parteigenosse d. d. 18. November:

„In dem fabrikmäßig betriebenen Konditoreigefäß der Gebrüder Fischer beschäftigt man auch Kinder, — Kinder über 12 und auch Kinder unter 12 Jahren, wie sie zu haben sind. Aber nach § 128 der Gewerbeordnung dürfen Kinder unter 12 Jahren gar nicht in Fabriken beschäftigt werden, und Kinder über 12 Jahre bloß 6 Stunden des Tages. Hier aber sollen und müssen die Kinder, wenn sie beschäftigt werden wollen, bis Nachts 11, ja bis 12 Uhr arbeiten, ganz wie die Erwachsenen. Es sind ja Kinder armer Eltern, und was schadet es, wenn eines oder das andere dem Volke des Kapitals zum Opfer fällt? Ich mache hierdurch die Behörde, namentlich die Polizei auf diese Ungefestigkeit aufmerksam und hoffe, daß dieser Kinderschinderei gesteuert und dem Gesetz Geltung verschafft wird. Ich bin der festen Ueberzeugung, wenn die Eltern nicht durch Noth gezwungen wären, würden sie ihre Kinder gewiß nicht so dem Verderben preisgeben. Denn wer kann noch im Zweifel darüber sein, daß ein in dieser Weise mißbrauchtes Kind geistig und körperlich zu Grunde gerichtet wird?“

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Volkstaat“.  
Dem „Bekennen des Theismus“, welcher sich in Nr. 38 der „Concordia“ erbietet, meinen im „ABC des Wissens“ geführten Gegenbeweis gegen die Berechtigung des Theismus zu widerlegen, und zwar in einer „öffentlichen Disputation“, die er seinerseits in der „Concordia“ zu führen gedenkt, gebe ich hiermit meine genaue Adresse (29 Liberty Street, Newark, N. J. U. S.). Ich erwarte, daß die „Concordia“, soweit sie die Widerlegung enthält, mir von ihm zugesandt werde. An einer Antwort meinerseits soll es dann nicht fehlen. „Bei derlei Turnieren kommt in der Regel nichts heraus“, wie der Gegner sagt; aber nur dann nicht, wenn die streitigen Begriffe nicht scharf und unmißverständlich bestimmt werden, und wenn die Sprache nicht einfach und klar ist.  
Ad. Donai.

— Der in voriger Nummer erwähnte Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen die Reichstagsabgeordneten Reimer und Hasenklever wurde am Sonnabend vom Reichstag angenommen.

Der Antrag unserer Reichstagsabgeordneten auf Haftentlassung Bebel's, Hasenklever's und Mosk's während der Dauer der Reichstagsession, der ebenfalls am Sonnabend zur Verhandlung kam, wurde dagegen mit allen Stimmen gegen die der anwesenden Sozialdemokraten abgelehnt.

— Dr. Schulze und Gen. haben im Reichstage den Antrag auf Gewährung von Diktien gestellt. Dieser Antrag, der stereotyp in jeder Session gestellt wird, wird wohl das Schicksal seiner Vorgänger theilen: der Reichstag nimmt ihn an, und der Bundesrath verwirft ihn. Und Alles bleibt beim Alten.

— In Pimbach bei Chemnitz haben bei den Gemeinderathsergänzungen der Unzufriedenen die von der Arbeiterpartei aufgestellten Kandidaten mit absoluter Majorität gesiegt. — Ein gleicher Sieg wird aus Leutersdorf gemeldet, wo von vier von der Arbeiterpartei aufgestellten Kandidaten drei in den Gemeinderath gewählt wurden. Diese Siege der Sozialdemokratie sind die schlagendste Antwort auf die prophetischen Prophezeiungen der Nationalliberalen, die Sozialdemokratie sei im Niedergange begriffen. Die Sozialdemokratie lebt, und sie gedenkt noch viele Siege zu feiern.

— Der Stuttgarter Preßverein beschloß, die „Süddeutsche Volkszeitung“ vom 1. Januar 1875 ab wöchentlich zweimal erscheinen zu lassen. Wir registriren mit Freuden den Aufschwung unsres süddeutschen Kampfgenossen.

— Wegen Verstoßes gegen die §§ 130 und 185 des Reichsstrafgesetzbuchs ist Parteigenosse Kaufmann aus Wiesbaden von

der Appellinstanz zu 14 Tagen Gefängniß und in die Kasse verurtheilt worden. Die erste Instanz hatte auf 4 Monate Gefängniß erkannt.

— Zur Impffrage schreibt man uns aus Hamburg: „F. das durch Jansen auf der Staats-Insanitäts in Hamburg syphilitisch gewordene Kind wurde dem Vater desselben, des Schlosser Preuß, vom Hamburger Niedergericht am 9. d. M., nach einem Vergleich zwischen dem Kläger und dem Angeklagten Dr. Siemgen, eine Entschädigungssumme von 500 Thalern zuerkannt. Dieser Fall syphilitischer Ansteckung durch Impfen ist der erste, welcher in Folge der Veröffentlichung desselben durch Dr. Jansen in Hamburg auch auf dem Reichstage, bei Gelegenheit der Debatte über den Impfwang zur Sprache kam. Der Abgeordnete Dr. Löwe verurtheilte damals den Einbruch dieser Veröffentlichung dadurch zu schwächen, daß er erklärte, die betreffenden Aerzte seien darüber uneinig, ob hier Syphilis vorläge oder nicht. Die Behauptung war durchaus falsch. Niemand hat unter den betreffenden Aerzten eine solche Meinungsverschiedenheit existirt und es wird nun wohl den Reichstagsabgeordneten, nachdem bereits der Oberimpfart Dr. Siemgen in dieser Angelegenheit vor dem Strafgericht zu einem Monat Gefängniß verurtheilt wurde, nun auch den Eltern des unglücklichen Kindes eine Entschädigungssumme von 500 Thalern zuerkannt worden ist, klar geworden sein, was es mit der Behauptung des Dr. Löwe auf sich hatte. Herr Dr. Löwe selbst aber wird hoffentlich aus diesen Verläufe der Sache ein für allemal lernen, daß zur wissenschaftlichen Beurtheilung der Impffrage etwas Anderes gehört, als phrasenhafte Redensarten und sich als völlig unwahr erweisende Behauptungen.“

Gotha. (Zum Briefgeheimniß.) Am 17. d. M. erhielt der Unterzeichnete von dem Vorsitzenden des Kassidirekts, Herr J. Kisten aus Leipzig, einen großen Brief, welcher auf beiden Seiten gänzlich geöffnet und von der Post am Bahnhofs in Gotha auf der einen Seite mit 2 Streifen Papier und 4 Siegeln sorgfältig zugemacht war, so daß der Inhalt nicht heraus fiel, während die andere Seite noch gänzlich geschlossen war. Desgleichen erhielt Unterzeichneter am 11. d. ein Paket von Nürnberg, welchem kein einziges Siegel ganz und die beiden am Ende über das Paket geschlungenen Bindsäden zerrissen waren. Dem inneren Umschlag war ein Stück abgerissen, so daß man den Inhalt erkennen konnte. Eine Bescherde an das Oberpostamt halte ich für nutzlos, erachte es aber für meine Pflicht, dies der Deffentlichkeit zu übergeben. Wenn ich auch als möglich annehme, daß das Paket durch den Transport gelitten, so ist es aber doch Brief klar erwiesen, daß derselbe erbrochen und somit ein flagranter Verletzung des Briefgeheimnisses vorliegt. Ich werde jedoch von dieser Nummer des „Volkstaat“ 1 Exemplar an den Oberpostdirektor Stephan senden.  
W. Bod.

## Die Quednauer Revolte vor dem Schwurgericht.

(Fortsetzung.)  
So weit der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“, das das nicht hoch genug anzuerkennende Verdienst gebührt, das schamlose Todtschweigeisthem durchbrochen und eine Fülle von Thatsachen über die Lage unserer Landflaven verbreitet zu haben.

Inzwischen sind wieder mehrere Prozesse gegen ostpreussische „Rebellen“ zum Abschluß gekommen (es handelt sich um eheförmlichen Weichseljopp von Proessen), und theilen wir heute die Bervollständigung des Materials aus der „Königsberger Hartmann'schen Zeitung“ (vom 1., 2., 5. und 9. November) noch nachstehende Berichte „aus dem Reichthale“ mit:

Königsberg, den 31. Okt. Die gestrige Schwurgerichtssitzung beschäftigte sich mit den Robbelbuder tumultuarischen Vorfällen. Als Angeklagte erschienen die Großknecht Schwarz, Piesch, Kloos, Rohn und Nagel aus Robbelbude in den Schranken, sämmtlich verheirathete Leute, im Alter von 40, 32, 23 und 25 Jahren stehend. Auch sie sind wegen schweren Ansehens angeklagt, welchen ebenfalls die Rißstimmung in Folge der Einführung der Kreisordnung im Sommer d. J. vielfach benutzte. Schon am 25. und 26. Juli c. hatten tumultuarische Scenen im Pohlmann'schen Gasthause zu Robbelbude zugezogen. Am letztgenannten Tage Abends entsetzten die Leute aus dem Gasthause und bezogen sich nach der dort gelegenen Eisenbahnstation, da sie wußten, daß der Amtsrath Mann mit dem Zuge ankommen sollte. Als Herr Hoffmann seinem Wagen von der Station ab und nach Hause fuhr, folgten sie den Wagen unter Schreien und Töden und schimpften denselben „Amtsfeind“. Am 1. August c., einem Sonnabende, es in dem Gasthause wiederum zum Skandal. Um dem vorzubeugen, waren die Gensdarmen Zannader und Zubeke requirirt worden. Ersterer befand sich in einem Nebenzimmer, während Zubeke lärmte und tobte. Der Wirth gebot Feierabend, welche Gebote die anwesenden Chauffearbeiter sofort folgten, nicht auch die Robbelbuder Knechte. Sie lärmten weiter fort. Gensdarm Zannader schritt ein, entfernte die Letzteren gewaltsam aus dem Lokale, und nun trat Angeklagter Schwarz auf und rief: „Brüder, nun ist es Zeit, nehmt die Messer heraus, nun wollen wir aufräumen und dann weitergehen!“ Als die Aufregung der Menge immer größer wurde, kam Gensdarm Zubeke zur und lud sofort sein Gewehr, worauf sich die Menge verzog. Angeklagte Nagel, als er sah, daß Schwarz verhaftet wurde, zu den in einiger Entfernung wohnenden Chauffearbeitern forderte sie auf, mitzukommen und dem Schwarz zu helfen. Leute folgten jedoch nicht, sondern hörten auf die Mahnung des Dubikers Wachowitsch, der sie zum Zuhausebleiben und zur Bemöge Schwarz widerlegte sich der Arrestierung, er wurde überwältigt und, während die Menge draußen stand, welche Thüre stürmte, im Hause bis Nachts 12 Uhr festgehalten. Dann, als Alles auf der Straße still war, in Freiheit gelassen. Am 2. August c., einem Sonntage Nachmittags, wiederholten diese Auftritte in dem Gasthause. Piesch warf ein Feuerzeug auf die Erde, daß dasselbe zerbrach, Rohn und Nagel, mit Knäuel bewaffnet, stellten den Wirth zur Rede, weshalb Tags zuvor Schwarz verhaftet worden sei; sie schimpften und drohten, und der Skandal immer größer wurde, die Gensdarmen nicht Stande waren, ihn zu schlichten, die Tumultuanten auch die Wirth nicht gehorchten, als derselbe Feierabend gebot, so Herr Amtsrath Hoffmann herbeigerufen, dem es nach einigen gütigen Worten gelang, die Leute zum Verlassen des Lokales zu bewegen. Wenn auch die Angeklagten sich sämmtlich schuldig erklärten, so ließ doch die Beweisaufnahme keine Zweifel übrig, daß die Behauptungen der Anklage auf Wahrheit beruhen. Die Beweisaufnahme bot manche beachtungswürdige Momente. Gensdarm Zannader, vom Präsidenten über die Stimmung befragt,

die in Kobbelbude unter den Leuten geherrscht, bezeichnete dieselbe als eine schlechte seit etwa einem Jahre. „Nicht allein in Kobbelbude, auch in der Umgegend, im Waldenburgischen, regte es sich überall; allgemein hieß es, in Kobbelbude würde es zuerst losgehen, so daß der Amtsrath Hoffmann uns durch den Landrath zum Schutze requirirte.“ Ueber die angegebenen Vorgänge lassen sich Zannacker und Gensdarm Zubeke der Anklage gemäß aus. Amtsrath Hoffmann deponirte: nur in diesem Jahre wären seine Leute auffällig geworden. Er habe die Gründe, weshalb das geschah, nicht herausfinden können. Zuerst veranlaßte die Einführung eiserner Ofen in ihren Wohnungen Mißstimmung, alsdann aber erkannten sie den Vortheil, den solche bieten, an, so daß jetzt keiner seiner Leute ohne einen eisernen Ofen bleiben möchte. Die Einführung der Kreisordnung kann die Leute nicht in Aufregung versetzt haben, denn es blieb, da Kobbelbude ein Domainenamt ist, trotz derselben Alles beim Alten. Daß die Gensdarmen entsetzt wurden, habe Zeuge nicht gewollt; daß das geschah, bezeichnet derselbe als eine irrtümliche Auffassung seitens des Herrn Landraths. Zeuge ist sogar der Ansicht, daß es zu den tumultuarischen Vorfällen nicht gekommen wäre, wenn die Gensdarmen nicht am Orte anwesend gewesen wären. Es ist das ein mißlich Ding, sagt Zeuge, erst erhalten die Leute im Gasthause Schnaps vollauf zu trinken, und dann kommt es bei den Wirthen zur Bestürzung, daß es einen Standal geben könnte. Wissen die Leute nun noch gar, wie in diesen Fällen, daß die Gensdarmen im Nebenzimmer sitzen, so werden sie dadurch nur noch mehr aufgeregt. Daß ihm am 26. Juli c. schon bei der Fahrt vom Bahnhofe nach seiner Wohnung Schimpfreden nachgerufen worden sind, weiß Zeuge nicht. Derselbe giebt namentlich dem Kloof, der bei dem Standal im Krüge die Lampe ausgelöscht haben soll, das Zeugnis eines stillen, ruhigen Menschen, während er das von den Anderen, namentlich von Pietsch, nicht sagen kann, der ihm eines Tages erklärte, daß die Krüge nicht mehr pflügen würden, wenn sie ferner noch bei der Arbeit beaufichtigt werden sollten. Zeuge Gastwirth Pohlmann schildert die tumultuarischen Scenen sehr grell, er behauptet, der Gensdarm Zannacker hätte am 1. August c. gegen die Tumultuanten allein nichts ausrichten können, der Gensdarm Zubeke wäre zur rechten Zeit gekommen. Andere Zeugen schildern den Lärm und die Drohung als sehr heftig. Ober-Aufsicher Pohl deponirt: er wurde am 1. August durch ein Versehen mit den Leuten aus dem Gasthause ausgeschlossen. Ich habe sie, ruhig nach Hause zu gehen, namentlich war es mir um die Chauffeurarbeiter zu thun, um sie von der Stelle fortzubringen. Diese gingen auch, aber die Knechte blieben; keiner von ihnen hat mich ächtanirt. Sie lärmten und tobten. Als ich mich wieder im Hause befand und hörte, daß Schwarz das Messer gezogen, auch die Anderen aufgefordert, dasselbe zu thun, machte ich die Thüre wieder auf und rief den draußen stehenden Knechten zu, sie möchten hineinkommen, aber keiner kam. Da sagte ich zu Zubeke: stecken Sie das Bajonnet auf, wir wollen die Kerls in den Dr— jagen! und dieselben liefen davon. Herr Staatsanwalt Hoppe sagt in seinem Plaidoyer: Auch das Bild, welches diese Verhandlung geliefert, gehört in den Rahmen der ländlichen Revolution, wie sie an verschiedenen Orten des diesseitigen und des hiesigen Kreises vorgekommen sind, er bedauert nur, daß es nicht möglich war, sie alle in der vorigen Schwurgerichtsperiode zur Erledigung zu bringen, denn es ist von wesentlichem Belang, daß dieselben strafbaren Handlungen, unter denselben Verhältnissen bezugend, auch mit derselben Strafe bemessen werden. Die Zeit ist mildernd dazwischen getreten. Die Farben sind verblichen und die Stimmung gegen die Ausfühler ist gemildert. Auch andere Einflüsse haben sich mittlerweile geltend gemacht durch das „jammervolle Gewinsel“ in der Presse über das Schicksal der Ausfühler und deren Familien; in mehr als natürl. Weise haben es die Zeitungen angesprochen, daß der König allerhöchste Gnade üben und die erkannten Strafen mildern möchte. Solcher sentimentalen Milde sich hinzugeben, ist nicht an der Zeit. Der Geist der Aufregung ist noch nicht erloschen, der Funke glimmt noch. Erst in diesen Tagen ist der Amtsvorsteher in Steinbeck, weil er die Veranstaltung einer Lotterie im Krüge untersagte, brutal gemißhandelt worden. Sich dem Besetzen zu fügen, paßt den Leuten nicht. „Lassen Sie den Arm der Gerechtigkeit nicht erlahmen,“ so mahnte der Staatsanwalt die Geschworenen, „sprechen Sie ein gerechtes, aber strenges Urtheil über die Verbrecher aus.“ Herr Referendarus Gerhardt hatte solchen Explikationen gegenüber einen sehr schweren Stand bei seinem Bemühen, die Annahme mildernder Umstände für die Angeklagten zu erwirken, und das um so mehr, als das Plaidoyer des Herrn Präsidenten sich auch nicht für eine milde Auffassung entscheiden konnte. Die Geschworenen sprachen mit Ausnahme des Angeklagten Kloof sämtliche Angeklagten des schweren Aufstuhrs schuldig, ohne mildernde Umstände zu gestatten, den Kloof nur des einfachen Aufstuhrs. Der Gerichtshof erkannte demgemäß gegen Schwarz und Nagel, deren strafbare Thätigkeit auf eine Linie gestellt wurde, auf je 2 1/2 Jahre Zuchthaus, 3 Jahre Ehrenverlust und Polizei-Aufsicht, gegen Pietsch auf 2 Jahre Zuchthaus, Ehrenverlust auf 3 Jahre und Polizei-Aufsicht, Kohn 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, Ehrenverlust auf 2 Jahre und Polizei-Aufsicht und gegen Kloof auf neun Monate Gefängniß. (Fortf. folgt.)

Gewerkschaften.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

**Gosha.** Auf den ebenlangen Artikel der Kölner will ich nur kurz Folgendes erwidern. Es ist nicht widerlegt worden, daß der Vorsitzende A. Ries an die Verwaltung schrieb: Ich solle kommen auf ihre Kosten, der Anschluß könne zwischen uns abgemacht werden. Zeugen: 6 Mitglieder der Verwaltung, während A. Ries in der Versammlung im Vereinslokal mit mehreren Anderen erklärte, sie seien entschiedene Gegner der Gewerkschaften; und auch gegen die Gewerkschaft austrat. Zeuge: Die Versammlung. Verwerflich muß ich es nachgerade nennen, wenn die Kölner thun, als könnten sie aus lokalen Verhältnissen sich der Gewerkschaft nicht anschließen, während sie sich als offene Gegner der Gewerkschaft proklamirten. Daß ich nicht am 6. September in Köln eintraf, lag an den Mainzer Kollegen, da dieselben die Versammlung anstatt den 5. den 6. September einberufen hatten. Ich hatte die Kölner jedoch frühzeitig genug hiervon unterrichtet, nun schreiben sie doch im „Volkstaat“, wenn man gewußt hätte wo ich wäre, hätte man mir abtelegraphirt; das Gegenheil ist geschehen. A. Ries ließ trotzdem nochmals nach Offenbach telegraphiren, wann ich einträfe. Da in der öffentlichen Versammlung mein Reserat mit Beifall aufgenommen wurde, hielt ich es allerdings für meine Pflicht, auch die Mittel und Wege zur Abhilfe unserer traurigen Lage anzugeben. Herr Frost, Kassirer des Fach-Vereins, erklärte in der Wohnung des Bevollmächtigten der Holzarbeitergewerkschaft, Herrn Bruch, im Beisein eines mich begleitenden Kollegen, es seien nur 1 Thlr. 13 Gr. in der Kasse. Daß die 5 Vorstands-

mitglieder auf Kosten des Vereins nach Aachen gefahren, wurde mir gerade von Aachener Kollegen mitgetheilt, die ich als Zeugen anrief. Ferner wurde mir von den verschiedensten Kollegen in Köln mitgetheilt, daß für Herrn Ries 1 Thlr. 24 Gr. gesammelt worden seien, um dafür nach Aachen zu gehen und einen Fach-Verein zu gründen. Daß er keinen Versuch gemacht, lag wohl daran, daß kein Boden für einen Fach-Verein vorhanden war.

Nachträglich erklärte mir A. Ries, unter den Kosten hätten sie nur die Tagelosten verstanden. Ich bin jetzt 7 Jahre in der Arbeiterbewegung thätig; aber wie die Kölner Fachvereiner sind mir Arbeiter noch nicht gegenübergetreten. Zum Schluß erkläre ich, daß dies meine ersten und letzten Worte zur Bertheidigung sind. W. Bod.

(Nachdem beide Theile sich ausgesprochen haben, schließen wir über diesen Gegenstand hiermit die Diskussion. D. R. d. B.)

Verband der Klempner (Spengler) und Berufsgenossen.

**Damburg, 18. November.** Warnung an alle Klempner-Spengler-Gehülfen! Vor Zuzug nach Flensburg wird dringend gewarnt, da daselbst wegen Einführung einer schändlichen Werkstatt- resp. Sklaven-Ordnung die Kollegen die Arbeit eingestellt haben. Näherer Bericht folgt. Mit Gruß Der Verwaltungsrath des Verbandes: J. A. B. Wegger, Geschäftsführer.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Aufnahme dieses ersucht.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

**Biesbaden.** Wie ich schon in Nr. 126 dieses Blattes bekannt gab, ist von der hiesigen Mitgliedschaft dem früheren Inhaber unseres Arbeitsnachweis-Bureaus, Herrn J. P. Schug, Hochhütte Nr. 16, dasselbe entzogen worden, worauf er privatum Arbeit vermittelt.

Daß das dieses Geschäft wahrscheinlich zu wenig eingebracht hat, ist er auf die Löhne Idee verfallen, ein Arbeitsvermittlungsbureau für ganz Deutschland zu gründen, welches Unternehmen er in Nr. 46 der deutschen „Schneiderzeitung“ auch bereits annouciert hat. Das Wunderlichste und Späsigste hierbei ist noch, daß Herr Schug, so lange er arbeitsfähig gewesen war, bloß Arbeiter war, und jetzt, wo er angeblich arbeitsunfähig ist, ist er auf einmal Meister geworden. Nun wir gratuliren den Herren Meistern zu diesem neuen Kollegen. Sie können stolz auf einen Mann sein, welcher aus unserer Mitgliedschaft gestrichen wurde.

Wir warnen hiermit nochmals alle zureisenden und arbeitssuchenden Kollegen, das sogenannte Central-Bureau von Herrn Schug, Hochhütte Nr. 16 zu benutzen, sie haben sich an das von und gegründete unentgeltliche Arbeitsnachweis-Bureau, geführt von Herrn Kaiser, Grabenstraße Nr. 65 zu wenden, wo Jedem Rath erteilt und auch stets Arbeit, wenn solche vorhanden, nachgewiesen wird.

Obwohl die Herren Meister das Bureau von Schug zu unterstützen suchen, so kommt es doch immer nur auf uns Arbeiter an, wer den Sieg behält; wenn Jeder von uns das Bureau meidet, so müssen die Meister schließlich doch wieder zu uns kommen, wenn sie Arbeiter haben wollen.

Noch muß ich hinzufügen, daß sich Herr Schug geäußert hat, er würde ganz allein unsern Verein ruiniren.

Nun Herr Schug, nur an die Arbeit, wir sind schon darauf gefaßt. J. A. A. Klemt, z. J. Schriftführer.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, Obiges anzunehmen.

**Büdingen, im November.** Seit einer geraumen Zeit sieht es fast aus, als ob die Organisation der deutschen Schneider vollständig aus den Fugen gegangen sei, Bort und Controlkommission bestreben sich der tiefsten Ruhe, und wenn in dem Sinne fortgeführt wird, dann wird der Allgemeine deutsche Schneiderverein bald zu den Todten zu zählen sein, d. h. es werden jahrelange Opfer und Mühen zu dem Ziele geführt haben, daß wieder eine Reihe von wenigen überzeugten Gewerkschaftsmitgliedern durch das Verunglücken des Vereines von der Gesamtarbeiterbewegung zurückgeschreckt werden, denn es giebt ja immer eine Menge von Leuten, die sagen: „Ihr seid doch nicht im Stande, etwas auszurichten“; und wenn solchen Leuten scheinbare Beweise für ihre Ansicht von uns selbst geliefert werden, dann bleibt die große Menge indifferent. Dem soll aber gesteuert werden. Unsere Organisation soll ihre Pflicht gegen die Gesamtarbeiterbewegung dadurch erfüllen, daß sie mit in der ersten Linie der Bewegung als todesmuthiger Kämpfer marschirt, statt daß sie wie ein entnervter Invalide hintennachhinkt, oder gar die Flucht ergreift. Es ist jetzt wahrlich nicht die Zeit, sich auf Ohr zu legen; wer weiß, in wie langer Zeit wieder ein „heiliger Krieg“ die Reihen der Arbeiter decimirt, wer weiß, wie bald die ernstesten Ereignisse die bewußten Arbeiter in die Arena rufen, um für das einzig heilige, das Menschenrecht, einzustehen? Und bei solchen Ausblicken in die Zukunft, bei dem Gedenke, in das die meisten unserer Kollegen durch die Geschäftsstockung getrieben werden, ist es nur die nackte Pflicht, die wir erfüllen, wenn wir wenigstens das Mögliche ausbieten, um den Arbeitern in ganz Deutschland ebenbürtig zur Seite zu stehen und unter unsern Kollegen die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer alle Branchen umfassenden Organisation erneuert.

Collegen! Wenn wir nicht Alles ausbieten, um Aufklärung unter der indifferenten Menge zu verbreiten, dann werden uns die Ereignisse überholen und wir werden die Opfer unserer eigenen Unthätigkeit sein. Wir selbst werden es uns zuschreiben haben, wenn unsere Kinder uns verwünschen, weil wir nicht für kommende Generationen das thaten, was in unseren Kräfte stand, und was nicht gethan zu haben wir unseren Vätern zum Vorwurfe machen. Allerdings ist die schamloseste Anebenutzung an unserm Glende schuld, aber an dieser Ausbeutung selbst sind wir schuld; wir haben die Macht, sie abzuschütteln, denn wir sind die Majorität, aber statt diese Majorität zu organisiren, vertrieben wir uns in die Ecken und beugen uns feige vor dem Uebermuth der Ausbeuter, jammern wie alte Weiber über unsere Bedrückung, statt daß wir männlich für unser Recht in die Schranken treten und ohne Rücksicht auf den Erfolg unserer Bemühung immer und immer wieder den Sammelruf erschallen lassen und die Fahne wieder hoch emporhalten, wenn sie der milden Faust eines Kameraden zu entfallen droht.

Collegen! Entschließen wir uns zum Handeln, lassen wir die armseligen Zwistigkeiten, die jämmerlichen persönlichen Reibereien; zeigen wir uns der großen Sache würdig, beweisen wir, daß der Rath des Mannes auch im Lohnslaven noch entlannt werden kann und schließen wir uns in unserer Organisation, als der Vorhut ernsteren Strebens, fester als je zusammen, damit, wenn die Zeit Männer braucht, wir unseren Platz auszufüllen vermögen.

Schneider auf zur Organisation! Auf zum Kampfe für Menschenrecht und Menschenwürde! E. F. Ries.

**Gosha - Leipzig.** Mit unserem Gemeinderathe wird's immer hüßcher! Erst janten sich die Herren Rätthe lange Zeit herum, ob sie einen gewissen delikaten Gegenstand öffentlich oder geheim zu verhandeln haben — wobei die für Öffentlichkeit stimmende Minorität (die Vertreter der Unanständigen und des Klein-Grundbesitzers) sich ob ihrer „Freisinnigkeit“ gewaltig in die Brust wüßt und auch wirklich auf wohlfeile Art in den Verbaht einer gewissen Freisinnigkeit kommt, während die Gohlsler Einwohnerschaft lange in Aufregung erhalten wird, und der hiesige Hutfabrikant ic. ic. Herr Haub bei einer solennen Kneiperei zum Gambium der zahlreich anwesenden Bourgeois und Spießer faule Wige über eine allerdings lustige „öffentliche“ Gemeinderathssitzung macht, — dann wird man Handels einig, das gute Einvernehmen ist wieder hergestellt, der Sturm legt sich — aber nach wie vor giebt es öffentliche und geheime Sitzungen. — Neuerdings ist nun wieder eine arge Differenz zwischen der Majorität (die Vertreter des Groß-Grundbesitzes) und Minorität ausgebrochen, und zwar bei der Beratung des Lokalstatuts. Es handelt sich um die, die Zusammensetzung und Wahl des Gemeinderaths betreffenden Paragraphen. In einer seiner letzten Sitzungen hatte der Gemeinderath einstimmig beschlossen, daß in Zukunft nur noch zwei Klassen im Gemeinderathe vertreten sein sollen, die Anständigen und Unanständigen, sowie daß die Wahlen hierzu gemeinschaftlich von allen Wahlberechtigten zu geschehen haben. Gleichzeitig hatte die Minorität die außergewöhnlich gute Stimmung der Majoritäts-Mitglieder geschickt benutzt und einen Beschluß durchgebracht (ebenfalls einstimmig), wonach der Gemeindevorstand beauftragt wurde, diese Beschlüsse der vorgelegten Behörde schleunigst zur Bestätigung einzureichen. Im „Leipziger Tageblatt“ war bereits großer Jabel! Doch, o weh! Die Minorität denkt, und Herr Gemeindevorstand Brandt lenkt — nämlich die Gemüther der Majorität. Hr. Brandt, der in der erwähnten Sitzung nicht anwesend war, bringt im Verein mit 10 Herren der Majorität in der nächsten öffentlichen Gemeinderathssitzung einen Antrag „auf Zurückziehung dieser Beschlüsse“ ein. — Die Stunde der Sitzung erscheint. Anwesend sind eine große Anzahl Gohlsler Steuerzahler, vormiegend Sozialdemokraten. — Gohlsler Steuerzahler, was das heißen will, werden wir in einer der nächsten Nummern des „Volkstaat“ zeigen. Schade, daß man diesen Leuten nichts nachsagen kann, als — daß sie „Rothe“ sind. Die Sitzung beginnt. Kirßen (Minorität) protestirt gegen den Brandtschen Antrag. Derselbe Kirßen, der kurz vor der letzten Reichstagswahl erklärte, mit Birnbaum nicht zufrieden zu sein, und eher einen Sozialdemokraten wählen würde, bei der Wahl selbst aber erst für Birnbaum, dann für Dr. Heine eintrat, derselbe Kirßen meint, „man würde sich lächerlich machen, wenn man in der einen Sitzung einstimmig einen liberalen Beschluß faßt und in der andern diesen wieder aufhebt.“ (Freilich macht man sich lächerlich, aber nur hüßlich konsequent bleiben!) Herr Brandt rächt bereits Petroleum. Er begründet seinen reaktionären Antrag, und giebt die Erklärung ab, daß er ebenfugot „liberal“ sei, als die Herren von der Minorität, man müsse aber die Liberalität nicht zu weit treiben, zumal wenn diese, wie die in voriger Sitzung gefaßten Beschlüsse, zur Schädigung der Gemeinde führe: „man würde auf diese Weise bei der „Erschrecken erregenden“ Ueberhandnahme der Sozialdemokratie in Gohls — Sozialdemokraten in den Gemeinderath bekommen.“ Das „rothe Gespenst“, es ging um im Conferenzzimmer der neuen Schule zu Gohls; Brandt selber sah zuletzt in Jedem, der nicht mindestens eine „Ziegelei“ oder so etwas besaß, einen „Sozialdemokraten“, einen „Unsißler“, Alles roth, blutroth. . . . Herr Professor Seydel, der vom Protestantenverein (Minorität), versuchte nun in längerer Rede Hr. Brandt und dessen Anhänger begreiflich zu machen, daß die Herren durch Zurücknahme der gefaßten Beschlüsse das Schlimme, das sie vermeiden wollten, die Wahl von „Unsißlern“, heraufbeschwören würden, weil, wenn die Klassen für sich wählten, in der Klasse der Unangeseffenen viel eher ein Sozialist gewählt würde, als wenn die Angeseffenen ihre Stimmen bei der Wahl der Unangeseffenen mit in die Waagschale legen könnten; man müsse zu rechter Zeit liberal sein, und so die Sozialdemokratie unschädlich machen. Also nicht liberal sein, weil das gerecht ist, sondern aus Klugheit. Recht so, Herr Professor, wir werden uns das merken. Hr. Pig-bach (Minorität) leih seiner Entrüstung Worte, die er über die Sinnesänderung der Majorität empfindet und glaubt, der Gemeinderath blamiere sich damit. Herr Arnold (Minorität) kann die Besürchtungen der Majorität nicht theilen, er verweist auf die guten Gesäfte, die man mit den gemeinschaftlichen Wahlen in Leipzig macht, und er erwartet dies auch von Gohls. (Ach ja!) Um der Majorität etwaige Gewissensskrupel zu benehmen, und um sich vor seinem „Abzuge“ noch ein „gutes Andenken“ zu sichern, erklärt Herr Gemeindevorstand Auerbach, daß er bei der vorgelegten Behörde Protest gegen besagte Beschlüsse erhoben habe. Bei der nun folgenden Abstimmung wird natürlich der Brandtsche Antrag mit ziemlicher Majorität angenommen. Herr Kirßen protestirt wiederholt, weil er kein „Hampelmann“ sein will, — wofür er von Brandt, der das nicht leiden will, einen Ordnungsruf erhält, mit der Androhung, daß ihm das Wort entzogen würde, wenn er sich nicht bessere. (Den parlamentarischen Brandt haben wir in den Wählerversammlungen zur Genüge kennen gelernt.) Einen Tertium, in dem die Minorität sich zu befinden schien, wollen wir hier berichtigten: Es ist keineswegs neu, daß ein parlamentarischer Körper, oder einzelne seiner Mitglieder die „Gefinnung“ ändern. Man denke nur an den Reichstag bei Orlegensheit der Abstimmung über die Todesstrafe. Der „liberale“ Hans Blum — der Sohn des erschossenen Robert Blum — derselbe, der kürzlich im 14. Wahlkreise für den konservativen v. Könenitz gegen die Sozialdemokraten agitirte, er befand sich unter denen, die erst gegen und dann für die Todesstrafe stimmten. Liberalen oder Fortschrittler sollte das gar nicht so verwunderlich erscheinen. Nach der Abstimmung erklärt Prof. Seydel, sein Amt als Vorsitzender des Verfassungsausschusses niederlegen zu müssen, und wünscht überhaupt das letzte Mal an dieser Stelle gesprochen zu haben. Etwas Aehnliches erklärt Herr Pigbach. Nach Erledigung der Tagesordnung wird das Protokoll verlesen. Dasselbe giebt noch zu einer kurzen Debatte Veranlassung, in welcher Brandt und Andere die Erklärung abgeben, daß mit Annahme dieses Antrages keineswegs eine Sinnesänderung der Majorität ausgesprochen sein solle, man verlange nur eine zweite Lesung, worauf die Rücktritts-erklärungen der Herren S. und P. zurückgezogen werden. Die öffentliche Sitzung ist hiermit geschlossen, die anwesenden Steuerzahler müssen den Platz räumen, und es findet noch eine geheime Sitzung statt. Was hier geschah, wissen wir nicht. Aber in der letzten öffentlichen Gemeinderathssitzung gab Herr Auerbach Namens der Majorität die Erklärung ab, daß der in letzter Sitzung angenommene Brandtsche Antrag dennoch eine Sinnesänderung bedeute und die Majorität nie und nimmer auf die diesbezüglichen

Anträge der Minorität eingehen werde. Das ist deutlich gesprochen! — Also in zwei Sitzungen haben sich unsere Gemeinderäte die Köpfe zerbrochen und auf's Heftigste befesdet, weil sie nicht einig werden können, wie sie es am Pfiffigsten anzufangen haben, daß kein Sozialist gewählt werde! Eine dritte derartige Sitzung steht noch bevor, — da wird's wieder lustig hergehen. Nur zu! — Es muß aber doch einen besondern Haken haben, daß man sich so ganz absonderlich fürchtet vor einem oder höchstens drei „Nothmen“, die im günstigsten Falle bei der Ersatzwahl in den Gemeinderath kommen können?! Die Gohlfiser Sozialdemokraten haben auf die Herausforderung des Gemeinderathes bereits geantwortet. Der „Arbeiterverein“ hat ein Comité ernannt, welches die nötigen Vorarbeiten zur bevorstehenden Wahl zu befragen hat und demnächst an die Öffentlichkeit treten wird. Die 264 Männer, welche bei der Reichstagswahl ihre Stimmen dem sozialdemokratischen Abgeordneten gaben, werden, trotz der geheimen Wählerlei gewisser „Rückwärtsler“ ihre Gesinnung nicht ändern, das ist ein Vorrecht der „großen Herren“! Darum, Jeder an seinen Posten!

Berlin, 19. November. Da seit langer Zeit nichts über die Berliner Bewegung im „Volkstaat“ veröffentlicht worden ist, dürfte es an der Zeit sein, den auswärtigen Gesinnungsgegnern in kurzen Umrissen ein Bild der Berliner Verhältnisse zu geben. Nachdem durch die staatsrechtliche Thätigkeit des hiesigen Stadtgerichts die Partei als vorläufig geschlossener Verein erklärt worden, (nach mehr als drei Monaten ist es noch nicht zu einer definitiven Verhandlung gekommen), wurde von einer Anzahl bewährter Gesinnungsgegnern der „Sozialist“ ins Leben gerufen, um wenigstens ein geistiges Band für die Berliner Freunde herzustellen; es zeigte sich indeß trotz der sehr günstigen Aufnahme, deren sich der „Sozialist“ zu erfreuen hatte, daß auf die Dauer ein Blatt eine Organisation nicht ersetzen kann. Und so wurde denn, getreu nach dem Statut der Fortschrittspartei, der „Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ in's Leben gerufen, der nun bereits zwei Monate besteht und schon recht erfreuliche Resultate aufzuweisen hat. Anfänglich mit einigem Mißtrauen aufgenommen, ist es ihm durch rege Thätigkeit gelungen, eine ansehnliche Zahl (gegen 200) Mitglieder zu erwerben, die im stetigen Wachsen ist. Es ist hier nicht der Ort, über jede Versammlung des Wahlvereins zu berichten, nur soviel sei erwähnt, daß abwechselnd in den verschiedenen Stadtbezirken Versammlungen, meist mit Tagesfragen auf der Tagesordnung abgehalten wurden, die fast alle günstig verliefen. Eine umfassende geregelte Agitation wird erst eintreten können, wenn in einer demnächst stattfindenden Generalversammlung die Verhältnisse sich besichtigt haben. An rednerischen Kräften ist gerade kein Mangel, das heißt, es sind zum Reben befähigte Kräfte genügend vorhanden, leider thun indeß nur wenige ihre Schuldigkeit; ferner ist zu bedauern, daß so wenig Werth auf die Ausbildung neuer Kräfte gelegt wird, es ist dies nicht Schuld des Vorstandes, sondern eines Theiles der Mitglieder, die nur dann kommen, wenn bewährte Kräfte sprechen, dadurch fühlt sich manch begabter Anfänger zurückgehalten. Von einer ganzen Anzahl jüngerer Kräfte leisten nur wenige (Stollen, Seiland u.) Kennenwerthes; es ist dies ein Uebelstand, der entschieden aufhören muß. Im Großen und Ganzen sind, wie gesagt, die Resultate erfreulich zu nennen, als Beweis diene die Abrechnung des Wahlvereins nach noch nicht zweimonatlicher Thätigkeit:

Einnahme: Beiträge, Teilersammlungen u. Thlr. 40. 5. 10., für Gemahregelte Thlr. 7. 27. 6., für die Wahl im 14. sächs. Wahlkreis Thlr. 24. 4. 6. Summa Thlr. 72. 7. 10.

Ausgabe: für Druckfachen, Porto u. Thlr. 19. 17. 4., für Gemahregelte Thlr. 13. 7. 6., für die Wahl im 14. sächsischen Wahlkreis Thlr. 24. 4. 6. Summa Thlr. 56. 29. 4.

Aachen. Obgleich seit längerer Zeit über unsere Thätigkeit nichts verlautete, so haben wir doch rüstig gearbeitet. Einen erwünschten Anlaß zu weiterer Thätigkeit gab uns das hier erscheinende Organ des christlich-sozialen Vereins „Paulusblatt“. Dieses Blatt erdient sich nämlich zu sagen: „die Sozialdemokraten, gewöhnt von früher, suchten sich nun bei Vermeidung von Volksversammlungen auf Schleichwegen festzusetzen“. Ein solcher Angriff mußte zurückgewiesen werden, und allsogleich wurden Schritte zur Abhaltung von öffentlichen Versammlungen gethan. Es kam noch hinzu, daß die durch das Ableben des Reichstagsabgeordneten Baudri bedingte Neuwahl bevorstand.

Zu diesem Zwecke wurde am Sonntag, den 25. Oktober, Vormittags 10 Uhr, eine Arbeiterversammlung mit der Tagesordnung „die Sozialdemokratie und ihre Gegner“, Montag, den 26. Okt., Abends 8 Uhr, eine Volksversammlung mit der Tagesordnung „die Reichstagswahl und die nächste Reichstagsession“, und am Dienstag eine öffentliche Mitgliederversammlung einberufen, und wurde als Referent zu diesen Versammlungen H. Wolf aus Chemnitz aufgestellt. Die erste Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf, und ergriff trotz mehrmaliger Aufforderung zur Widerlegung des Referenten Niemand das Wort.

Zur zweiten Versammlung, Montag Abend, erschien eine große Anzahl Mitglieder des ca. 5000 Mitglieder zählenden christlich-sozialen Paulus-Vereins mit seinen Leitern Caplan Cronenberg, Caplan Dr. Sizinger, Dähler, Schüren u. und schien somit die Versammlung einen interessanten Verlauf nehmen zu wollen.

Nachdem die Bureauwahl vorüber, welche in unserem Sinne ausfiel, wurde von einem Vorstandes-Mitgliede des Paulus-Vereins der Antrag gestellt, dem Referenten 20 Minuten Redezeit zu gewähren, von unserer Seite dagegen drei Viertel Stunde Redezeit beantragt. Da sich bei der Abstimmung eine Unruhe bemerkbar machte, welche das Scheitern der Versammlung befürchten ließ, so einigte man sich auf eine halbstündige Redezeit des Referenten und eine viertelstündige der nachfolgenden Redner. Wolf entledigte sich seines Referats in gedrängter Kürze zur vollsten Zufriedenheit des größten Theils der Anwesenden. Die Vertreter des Paulus-Vereins, die Herren Caplane Cronenberg, Dr. Sizinger, Schüren, Ollmann u. a. ergriffen nun das Wort in der sicheren Voraussetzung, und vollständig schlagen zu können. Sie erklärten, mit dem Eisenacher Programm einverstanden zu sein, doch mit Blättern, wie der „Volkstaat“ u., hätten sie nichts zu schaffen, da dieses gottlose Blätter seien. Dann, auf ihr gewöhnliches Thema übergehend, erklärten sie, die Lösung der Arbeiterfrage könne nur auf christlicher Basis erfolgen. Die katholische Kirche sei es gewesen, welche die Arbeiter von der Slavery befreit habe, und die Liebe und Gleichberechtigung sei gerade in ihr verkörpert. Die von Wolf erwähnte Inquisition hätte die Päpste immer gegen sich gehabt und sei von denselben heftig bekämpft worden. Hinsichtlich der Wahl von Reichstagsabgeordneten habe man jedoch von Arbeitern abzusehen, da dieselben nicht gescheit und gebildet genug seien, um einen solchen Posten anzunehmen und seien zu diesem Zwecke Arbeiterfreunde genug vorhanden. Ja, Ollmann ging so weit, selbst als feinvollender Sozialist, den Sozialdemokraten mit dem Militär zu drohen. Es

wurde unserem Referenten sehr leicht, da er nach jedem Redner das Wort zu ergreifen Gelegenheit hatte, die vollständige Unkenntniß der theologischen „Gelehrten“ in der Kirchengeschichte darzulegen. Unter rauschendem Beifall der Anwesenden wies Wolf auf das unter aller Würde stehende Benehmen seiner Gegner hin, die dem Redner erst die Redezeit beschränken und dann Anspruch auf ein spezielles Eingehen auf die Arbeiterfrage erheben; da er allein fünf Gegnern Stand zu halten habe, möchten die Herren nur morgen wiederkommen, wo bereitwilligst darauf eingegangen würde. Nachdem sich Niemand mehr zum Worte gemeldet hatte, erhielt unser Referent das Schlusswort.

War die Stimmung der Anwesenden im Anfange eine getheilte, so konnte man deutlich wahrnehmen, wie Schritt für Schritt unser Anhang wuchs. Während schon im Laufe der Versammlung ein standalktendes Mitglied des Paulus-Vereins durch einstimmiges Verlangen der Anwesenden, unter welchen ja ein großer Theil Mitglieder des Paulus-Vereins selbst war, das Versammlungsort verlassen mußte, und sich alle Redner, ausgenommen einen gewissen Schüren, welcher von der Versammlung öfters zur Ordnung gerufen wurde, in den Grenzen der Ordnung bewegte, konnte zum Schlusse das Resultat ein vollständig günstiges genannt werden.

Die am Dienstag, den 27. Oktober, Abends halb 9 Uhr, abgehaltene Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei war gleichfalls sehr stark besucht, und ging Referent in seinem Vortrage auf die Mittel und Wege ein, welche notwendig seien, um eine vollständige Erlösung des Proletariats herbeizuführen. Zu dieser Versammlung hatten es Schüren, Ollmann u. unterlassen zu erscheinen, und es traten diesmal bloß die Caplane Cronenberg und Dr. Sizinger ins Gesicht. Der Niederlage des vergangenen Abends eingedenk, ließen sie die religiöse Frage ganz aus dem Spiele. Sie erklärten sich mit unserem Programm einverstanden, nur einem Antrage auf dem letzten Congreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, gegen den sie bei allenfallsiger Annahme energisch aufzutreten müßten, konnten sie nicht beistimmen. Mit den Ausführungen des Referenten seien sie aber nicht einverstanden, und besonders Dr. Sizinger war es, welcher erklärte, man könne nicht verlangen, daß Demjenigen, welcher sich durch Fleiß und Sparsamkeit ein Eigenthum erworben habe, dieses expropriert werden könne, überhaupt dürfe in einem freien Volksstaate eine Expropriation, als Eingriff in die Rechte eines Einzelnen, gar nicht stattfinden, da man sich heutzutage schon beeinträchtigt fühle, wenn eine solche vorgenommen werde.

Auf das hin bedurfte es allerdings sehr wenig Weisheit, um der Versammlung klarzulegen, wie wenig jene Herren überhaupt von der sozialen Frage verstanden, und daß gerade das mühsam erworbene Vermögen des kleineren Fabrikanten und Gewerbetreibenden durch die Großproduktion zu Grunde gerichtet würde. Dr. Sizinger habe eine ganz verkehrte Vorstellung vom freien Volksstaate, wo jeder Einzelne sich der Gesamtheit unterzuordnen habe, dafür aber die Segnungen in doppeltem Maße auf jeden Einzelnen zurückschleien. Oder solle jeder Einzelne berechtigt sein, auf Grund seines unverletzlichen Eigenthums zuletzt die ganze Welt zu erwerben, so daß die Nichtbestehenden zwischen Himmel und Erde zu schweben hätten? Weitere Erklärungen hierauf schuldig bleibend, suchten die Gegner durch nebensächliche Fragestellungen, auf welche ihnen jedoch vom Referenten gebührend geantwortet wurde, die Hauptfrage zu umgehen, und da die Gegner auf weiteres Wortnehmen verzichteten, und der Referent sich seines Schlusswortes entledigt hatte, wurde die Versammlung nach vollständig ruhigem Verlaufe geschlossen. Den Anwesenden war es jetzt klar, auf welcher Seite sie stehen und von welcher Seite sie Hilfe zu erwarten haben, und sprachen uns am letzten Abend die Herren Caplane ein Aufkommen nicht mehr ab, wie sie dies früher immer gethan hatten.

Mit dem Resultate dieser Versammlungen können wir vollständig zufrieden sein und werden wir rüstig weiter arbeiten, um immer mehr Indifferenten in unseren Kreis hineinzuziehen.

Für den Partei-Unterstützungsfond gingen hier seit dem 28. Okt. ein:

Frankfurt a. M. d. Schade 2 Thlr. 8, Krutlingen d. Zirbs 3 Thlr. 5, Altona d. Kleinhaus 4 Thlr., Schmolln d. Martin 4 gr., Hainichen d. Hofmann 3 Thlr. 5, Augsburg d. Endres 3 Thlr., Zürich d. G. Föwenstein 10 Thlr., Weidingsfeld d. Schäffer 8 gr., Neufkirchen d. Bettermann 10 gr., Linden (Hannover) d. A. Altmach 1 Thlr. 20, Sieben Hufe 1824 d. Dreißig 2 Thlr. 11, Bremerhafen d. J. Bellner freiwillig. Samml. der Schiffs-Himmertgewerkschaft 16 Thlr. 18 6, Greiz d. Rabler 1 Thlr. 5, Schw.-Gmünd 1 Thlr., Seyer d. Kepmann 1 Thlr. 25, Eintracht 1 d. E. Bohne Ueberhaupt des Arbeiterfestes 5 Thlr. 1. 8, Lechhausen d. Lichtensteiger 1 Thlr., Breslau d. C. Juch 1 Thlr. 28, Orana d. Steinert 9 gr., St. Johann (Saarbrücken) von Förster 7 Thlr., Göttingen d. Bronnenmayer 8 gr. 6, Hamburg von L. 2 Thlr., Dessau v. F. Polling 17 gr. Hamburg, 16. November 1874.

H. Benncke, kleiner Schächerlamp 36.

Zur Wahltagitation (14. sächs. Wahlkreis) ging seit dem 28. Okt. hier ein:

Halle von R. Cosak 3 Thlr. 10, Düsseldorf d. E. Manß 2 Thlr. 3, Berlin d. Trautmann von R. 3 Thlr., Urm d. Reibach 22 gr. 4, Glauchau v. Volkverein 5 Thlr., Berlin d. W. Bong v. mehreren Volksschmieden 1 Thlr. 10, Zwickau v. A. Börner 1 Thlr., Coblenz d. A. C. 5 Thlr., Berlin v. A. Kettel 1 Thlr., Schmolln d. J. Martin 24 gr. 5, Königsberg v. Origanis 2 Thlr., Langenbickau d. A. Rüger 1 Thlr., Berlin d. B. v. C. Club 1 Thlr. 20, Heide d. Brünning 2 Thlr. 10, Grestendorf d. A. Schmitt 6 Thlr., Berlin d. P. M. gef. von Seyern d. „B. C.“ 1 Thlr. 25, Winterthur d. Kemp v. D. B. 6 Thlr. 20, Püttensfeld v. R. M. 5 gr., Augsburg d. Endres 3 Thlr., Duisburg d. Fennemann 1 Thlr. 15, Hamburg Tischlerwerkst. v. Meyer 2 Thlr. 6, Dresden d. R. Kottlich 2 Thlr., Würzburg d. Riel v. Genossen 4 Thlr., Zürich v. deutsch. A.-B. 6 Thlr. 14, Pforzheim d. R. Jbsen 1 Thlr., Berlin d. Helland gef. bei Carus 6 Thlr. 11, Brale d. G. Rehrns v. allg. d. Schiffszimmererz. 5 Thlr., Linden (Hannover) d. A. Altmach 20 gr., Königsberg v. F. W. Pinnos 1 Thlr. 24, Zürich v. Härter und Weizner 1 Thlr., Mühlhausen d. Bölich 18 gr., Berlin d. Helland gef. bei Reiz 6 Thlr. 19, Frankfurt a. M. d. Schade 28 gr. 6, Lößlingen v. Geyer 1 Thlr., Bamberg d. A. Ramme 21 gr. 5, Reichenbach v. Bolke-B. 2 Thlr., Weizen d. C. M. Stolle 3 Thlr. 18, Offenbach d. R. Stein 1 Thlr. 12 10, Hamburg v. G. Hage 1 Thlr. u. v. B. 1 Thlr., Bensheim v. W. Petersen 1 Thlr. 2. Hamburg, 16. November 1874.

H. Benncke, kleiner Schächerlamp 36.

**Briefkasten**  
der Redaktion. M. P. in Cobitz: Ihr Agitations- und Wahlbericht ist veraltet. — P. D. in Kaufzig: Der Kalenderstempel ist aufgehoben.  
der Expedition. Hrn. Eberfeld: Geld erh. Alles in Ordnung.  
Lvw. C. H. Herold: Die Mittwochnummer wird durch hiesige Post Dienstags weiter befördert. Bei Baar- und Dabend-Bestellung erhalten Sie Katant. Kommissionspreis erscheint im Separat-Abdruck. Wechner Berlin: Ihre Annonce kam für die Sonntagnummer zu spät. Hd. Berlin: Für Annoncen rufen noch 10 gr. Staffa. Salonit: Ein Brief von hier nach dort mit 15 Frcs. Werthangabe kostet 21 gr. Ihr letzter Brief war nur bis zur Grenze frankirt und kostete noch 10 gr. Porto.

**Quittung**  
der Expedition. Von C. Brub Hirschberg Schr. 18 gr. Fimm Duisburg Th. 2 Thlr. 2. 5. Schr. Lindenau Ab. 1 Thlr. 28. 5., Schr. 2 gr. 5. J. Müller hier Schr. 1 Thlr. 15. Franz Jülich Schr. 16 Thlr. 11. Pfr. Schöts Schr. 17 gr. 5. Rigne Berlin Ann. 7 gr. Cypf Herold Schr. 14 gr. Schmidt Bensheim Ann. 8 gr. Arbeiterverein Innsbruck Ab. 1 Thlr. 2. Gonth Berlin Ann. 18 gr. Lind Berlin Ann. 1 Thlr. 22. 5. C. W. Mühlhausen Schr. 5 Thlr. W. Gonth Großenhain Schr. 5 Thlr. H. Schr. Coburg Schr. 1 Thlr. 18. M. C. Schr. 19 gr. Wmm Hamburg Schr. 1 Thlr. 15. Trgr Frankfurt Schr. 17 gr. Offmann Barmen Schr. 10 gr. Schr. Großenhain Schr. 4 Thlr. 4. 5. Trimmn Berlin Schr. 4 Thlr. 18. Rbnr hier Ab. 16 gr. Schr. Schenck Schr. 19 gr. Ind Celle Schr. 8 gr. R. Reijoc Stejanovji Ab. 22 gr. 5. Schr. 1 Thlr. 18. 5. P. Stiff Salonit Schr. 9 gr. 3. Endre Nürnberg Schr. 1 Thlr. D. K. Seisenheim Schr. 6 gr. 5. Risch Offenbach Schr. 2 Thlr. 17. 1.

**Genossenschaftsbuchdrucker.**  
Antheilsscheine bez. Antheilquittungen erhielten ferner: In Leipzig A. L. 10. in Salonit (Lürke) P. St. 20. M. Sch. 20 Thlr. Gdch.  
Für die ausgefertigten Wäselmaschinen in Braunschweig.  
Gesammelt im soz.-dem. Arb.-Verein hier 3 Thlr. 10.  
Für die Abgebrannten in Geringswalde.  
Gesammelt d. Schulz Berlin 22 gr. Ungenannt 3 gr. 5.

**Anzeigen u.**  
Die rechts in [ ] angegebene Ziffer ist der Preis der betreffenden Annonce.

**Berlin** Donnerstag, den 26. November, Abends 8 Uhr präcis:  
**Erste Generalversammlung**  
des Wahlvereins der sozialdemokr. Arbeiterpartei bei Carus, Prinzenstraße 72, (oberer Saal).  
Tagesordnung: 1) Bericht des Vorstandes über die bisherige Thätigkeit. 2) Rechnungslegung. 3) Neuwahl des Vorstandes und des Ausschusses. 4) Wie wollen wir die Agitation behufs Ausbreitung unseres Wahlvereins betreiben? 5) Beschlüsse.  
Mitgliedskarten sind vorzuziehen. — Sämmtliche Mitglieder müssen pünktlich am Platze sein. Der Vorstand. [11]

**Cöln** Samstag Abend, den 28. November, halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn C. Dreuer, Eigelstein Nr. 25. — Tagesordnung: Das Zeitungsunternehmen.  
Alle Parteimitglieder werden dringend ersucht, vollständig am Platze zu sein. Der Vertrauensmann. [6]

**Dresden** Freitag, den 27. November:  
**Stiftungsfest,**  
bestehend aus Concert, Festrede und Ball im „Odeum“, wozu alle Collegen von nah und fern einladet. Das Festcomité. Anfang halb 8 Uhr. [17 1/2]

**Leipzig** Freitag, den 27. Nov., Abends halb 9 Uhr: Zusammenkunft bei Fröhlich, Nikolaistraße (goldner Ring). [3]

**Leipzig** Donnerstag, den 26. November, Abends halb 9 Uhr:  
**Versammlung in der „Erholung“, Hofstraße,**  
Restauration von Leipzig. — Tagesordnung: Weiteres über Genossenschaftswesen. Referent: E. Ramm. Sozial-pol. Wochenbericht. Referent Kaufmann.  
Pünktlichem und zahlreichem Erscheinen sieht entgegen D. B. [8]

**An die Parteigenossen im Großherzogthum Weimar.**  
Freunde! Der Jenaer Reichverein hat gegen uns ein „Flugblatt“ (Was wollen die Sozialdemokraten) erlassen; darauf sehen wir uns veranlaßt, ein „Flugblatt“ (Was wollen die Rationalisten) herauszugeben, dasselbe ist von E. Kettel's Volksbuchhandlung in Apolda pr. Sid. 6 Pf. zu beziehen.  
Parteigenossen, sorgt für die weiteste Verbreitung.  
Das Apoldaer Agitations-Comité für den 1. Weimarer Wahlbezirk.  
J. A.: E. Kettel, Vorstehender. [11]

**Social-demokratische Abhandlungen.**  
Von M. Kittinghausen.  
Die bis jetzt erschienenen fünf Hefte bilden zusammen ein Buch über die direkte Gesetzgebung durch das Volk, werden aber auch einzeln verkauft. Sie sind die erste und einzige in deutscher Sprache über diesen Gegenstand erschienene Schrift.  
Erstes Heft: Die Philosophie der Geschichte. Preis 3 Sgr.  
Zweites Heft: Ueber die Nothwendigkeit der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Pr. 2 Sgr.  
Drittes Heft: Die unhaltbaren Grundlagen des Repräsentativsystems. Pr. 2 Sgr.  
Viertes Heft: Ueber die Organisation der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Pr. 2 Sgr.  
Fünftes Heft: Widerlegung der gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk gerichteten Einwürfe. Pr. 6 Sgr.  
Gegen Einsendung von 17 Sgr. in Reichs-Postmarken an die Abt. M. Kittinghausen in Köln, Gereonsstraße 36, werden die Abhandlungen dem Besteller franco unter Kreuzband zugesandt. (Zam.) [47 1/2]

Zu haben in der Buchhandlung des „Volkstaat“:  
**Nr. 1 von Lissagaray's Rouge et Noir.**  
Preis 5 Sgr.

Allen der französischen Sprache kundigen Parteigenossen ist die neue Zeitschrift des scharfen Pablisten und tapferen Communard auf's Wärmste empfohlen. Rouge et Noir (Roth und Schwarz) steht jedenfalls an Interesse der Redaction'schen „L'Internationale“ nicht nach, und übertrifft sie an Zweckhaftigkeit an Gehalt.

Soeben ist in dritter Auflage erschienen:  
**Der deutsche Bauernkrieg.**  
von Friedrich Engels.  
Preis pro Exemplar 5 Gr. Wiederverkäufer Rabatt!  
Die Buchhandlung des „Volkstaat“.

**Abonnements-Einladung**  
auf das IV. Quartalsabonnement der in New-York wöchentlich einmal erscheinenden  
**„Arbeiterzeitung“.**  
Probenummern werden gegen Einsendung von 5 Pf. — 2 fr. Sdd. für Porto franco versandt.  
Preis pro Quartal 1 Thlr. 5 Gr. Kreuzbandporto für Deutschland und Oesterreich 5 Gr. Zu zahlreichem Abonnement ladet ein  
Die Expedition des „Volkstaat“.  
Verantwortlicher Redakteur: M. Preißer (Lindemann).  
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Zeitzerstraße 44, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckeri in Leipzig.